

| | Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung | Behandlung der Stellungnahmen |
|-----|---|-----------------------------------|
| I. | Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange | Frist vom 31.01.2020 – 02.03.2020 |
| 1.1 | <p>Landratsamt Sigmaringen Koordinierungsstelle beim Fachbereich Baurecht Leopoldstraße 4 72844 Sigmaringen</p> <p><u>Schreiben vom 09.03.2020</u></p> <p>Fachbereich Umwelt und Arbeitsschutz Positiv unter Beachtung von Auflagen und Hinweisen.</p> <p>Dem Bebauungsplan wird unter Beachtung folgender Auflagen und Hinweise zugestimmt. Umweltrechtliche Vorgaben können durch Einhaltung der u. g. Auflagen überwunden werden, sofern unter Anderem die Ergänzungsforderungen beachtet werden.</p> <p>Wasserrecht Abwasserbeseitigung Kommunales Abwasser Mit Blick auf eine gesicherte Abwasserbeseitigung bestehen bei einem Anschluss von häuslichem Abwasser an die Ortskanalisation keine Bedenken. Für die Beseitigung von Niederschlagswasser von befestigten und unbefestigten Flächen ist § 55 Abs. 2 des Wasserhaushaltsgesetzes (Handhabung von Niederschlagswasser) sowie § 46 des Wassergesetzes für Baden-Württemberg (Abwasserbeseitigungspflicht) zu beachten. Hierbei sind die Verordnung des Ministeriums für Umwelt über die dezentrale Beseitigung von Niederschlagswasser vom 22.03.1999, die Arbeitshilfen der LUBW „für den Umgang mit Regenwasser in Siedlungsgebieten“, das Merkblatt der DWA-A-138 sowie der Leitfaden zur naturverträglichen Regenwasserbewirtschaftung des Umweltministeriums anzuwenden. Die Niederschlagswasserbeseitigung ist spätestens auf Bauantragsebene anzugeben. Eine frühzeitige Abstimmung mit dem Landratsamt Sigmaringen wird empfohlen. Die Versickerung von Niederschlagswasser auf Altlasten oder bei Altlastenverdacht ist nicht zulässig, die Unbedenklichkeit wäre ggf. gutachterlich nachzuweisen.</p> <p>Gewerbliches Abwasser Hinweis: Für den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen nach § 62 WHG (z. B. Heizöl, Diesel etc.) ist die Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen -AwSV- vom 18.04.2017 in der jeweils gültigen Fassung zu beachten.</p> <p>Oberirdische Gewässer Auf Seite 10 der „Umweltanalyse zum Bebauungsplan Stadt- und Kulturhalle in Gammertingen“</p> | |

| | Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung | Behandlung der Stellungnahmen |
|-------|--|--|
| | <p>gen“, wird erläutert, dass keine Eingriffe im Bereich der „Lauchert“ und des Gewässerrandstreifens geplant sind. Durch die aktuellen Planungen für das Vorhaben werden keine Überflutungsflächen tangiert.</p> <p>Da das Planungsgebiet jedoch an das Gewässer „Lauchert“ angrenzt, sind alle Vorkehrungen zu treffen, die geeignet sind, eine Verunreinigung des Wassers, vor allem durch wassergefährdende, Stoffe zu vermeiden.</p> | <p>BV: wird zur Kenntnis genommen</p> |
| 1.1.1 | <p>Bodenschutz</p> <p>Die Flurstücke 287/16 (teilweise), 287/23, 418/3 und 418/4 sind im Bodenschutz- und Altlastenkataster unter der Objektnummer 01280-000 mit der Bezeichnung Altstandort „AS Textildruckerei, Sigmaringer Str. 24“ eingetragen. Die Fläche ist mit „DU“ (Detailuntersuchung erforderlich) eingestuft. Die Detailuntersuchung wurde bereits durchgeführt, erste Ergebnisse liegen vor. Die Ergebnisse deuten auf eine lokal begrenzte, wenig mobile Verunreinigung des Grundwassers durch aromatische Kohlenwasserstoffe und Mineralölkohlenwasserstoffe hin. Über die erstellten Grundwassermessstellen GWM 1-5 ist bis auf weiteres eine ¼ jährliche Kontrolle der Schadstoffsituation im Grundwasser durchzuführen. Bei den geplanten Erdarbeiten werden die Tanks im Innenhof, von denen die Grundwasserbelastung mit hoher Wahrscheinlichkeit ausgeht, ausgebaut. Diese Maßnahme ist durch einen Fachgutachter Altlasten zu begleiten. Es sind Wand- und Sohlbeprobungen durchzuführen, um mögliche Schadstoffquellen lokalisieren und entfernen zu können.</p> <p>Aushubmaterial aus dem Bereich des Altstandorts ist nach der Verwaltungsvorschrift des Umweltministeriums für die Verwertung von als Abfall eingestuftem Bodenmaterial vom 14.03.2007, zuletzt geändert am 29.12.2017, bzw. der Verordnung über Deponien und Langzeitlager (Deponieverordnung) vom 27.04.2009, zuletzt geändert am 03.10.2017 untersucht und dementsprechend entsorgt oder verwertet werden. Die Untersuchungsbefunde sind dem Fachbereich Umwelt und Arbeitsschutz des Landratsamtes Sigmaringen vorzulegen.</p> <p>Die, im Rahmen der bisherigen Altlastenuntersuchungen abgeteufte Grundwassermessstellen GWM 1-5 sind zu erhalten.</p> | <p>Die technischen Bestimmungen und Hinweise werden bei der Umsetzung des Bauvorhabens berücksichtigt.</p> <p>BV: wird berücksichtigt</p> |
| 1.1.2 | <p>Im Bereich der festgestellten Bodenbelastungen empfehlen wir, nicht die Verwendung offener Beläge (wie Rasengittersteine oder breittufiges Pflaster) vorzuschreiben, da hier eine Versiegelung die Schadstoffmobilisierung verringern kann. Diese Bereiche sind mit dem begleitenden Fachgutachter abzustimmen.</p> | <p>Die Festsetzung 3. „Verwendung offener Beläge“ der Örtlichen Bauvorschriften wird wie folgt ergänzt: (Ergänzungen kursiv)</p> <p>3. Verwendung offener Beläge PKW-Stellplätze, Fahrradstellplätze und Flächen für Plätze, Zufahrten, Hofflächen und Wege sind,</p> |

| | Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung | Behandlung der Stellungnahmen |
|-------|--|--|
| | <p>Die untere Bodenschutzbehörde bittet um weitere Beteiligung am Verfahren.</p> <p>Die weiteren Belange des Bodenschutzes sind entsprechend des Merkblatts „Bodenschutz in der Bauleitplanung“ ausreichend berücksichtigt. Bei der Erschließung und den einzelnen Bauvorhaben ist das Merkblatt des Landkreises Sigmaringen "Bodenschutz bei Bauarbeiten" sowie die DIN 19731 „Verwertung von Bodenmaterial“ zu beachten.</p> | <p>soweit wie möglich, mit wasserdurchlässigen Belägen herzustellen. <i>Ausgenommen hiervon sind Bereiche mit festgestellten Bodenbelastungen.</i> Geeignete wasserdurchlässige Beläge sind: Schotterrasen, wassergebundene Decken, Rasenpflaster, Pflaster bzw. Platten mit großem Fugenanteil.</p> <p>Eine weitere Beteiligung erfolgt im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans.</p> <p>Auf die DIN 19731 „Verwertung von Bodenmaterial“ wird bereits im Bebauungsplan hingewiesen.</p> <p>BV: wird berücksichtigt</p> |
| 1.1.3 | <p>Abfall Hinweis: Anfallende Bauabfälle, Bauschutt und Abbruchmaterial müssen getrennt gesammelt und einer Verwertung zugeführt bzw. als Abfall entsorgt werden. Bei der Verwertung von mineralischen Reststoffen sind die Anforderungen der Verwaltungsvorschrift des Umweltministeriums für die Verwertung von als Abfall eingestuftem Bodenmaterial vom 14.03.2007 bzw. die vorläufigen Hinweise zum Einsatz von Baustoffrecyclingmaterial des damaligen Ministeriums für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg vom 13.04.2004 einzuhalten. Bei der Verwertung von humosem Bodenmaterial in der durchwurzelbaren Bodenschicht oder als Oberboden ist die Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) anzuwenden.</p> | <p>BV: wird zur Kenntnis genommen</p> |
| 1.1.4 | <p>Immissionsschutz Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung im B-Planverfahren wurden zu erwartende Schallimmissionen bereits in einer vereinfachten schalltechnischen Untersuchung durch das Ingenieurbüro Heine + Jud (6. Zwischenbericht) untersucht sowie bereits detaillierte Vorschläge zum Schallschutz gemacht. Dieses Vorgehen ist grundsätzlich zu begrüßen. Die schalltechnische Untersuchung stellt unter Berufung auf eine Absprache mit der Stadt auf den Flächennutzungsplan von Gammertingen ab, welcher in der Umgebung des Plangebiets überwiegend Mischgebietsflächen ausweist. Der Flächennutzungsplan entwickelt hinsichtlich des Gebietscharakters bzw. die Schutzbedürftigkeit vorhandener Nutzungen keine Verbindlichkeit. Sofern - wie im vorliegenden Fall - für die zu beurteilende Nachbarschaft keine Bebauungspläne vorliegen ist vom vorhandenen Gebietscharakter</p> | |

| | Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung | Behandlung der Stellungnahmen |
|-------|---|---|
| | <p>bzw. von den vorhandenen Nutzungen auszugehen.</p> <p>Südwestlich des Plangebiets befindet sich eine Wohnhauszeile zwischen der Breitestraße und der Lauchert, welche in der schalltechnischen Untersuchung als Mischgebiet betrachtet wird. Mischgebietstypische gewerbliche Nutzungen sind in diesem Bereich nicht vorhanden. Nach den vorhandenen Nutzungen ist von einem allgemeinen Wohngebiet auszugehen. Auch der FNP weist für diese Wohnhauszeile (rote Farbgebung) eine Wohnbaufläche aus.</p> <p>Im Sinne der Rechtsicherheit und einer konservativen Beurteilung von Schallimmissionen ist es nach unserer Auffassung geboten, für den Immissionsaufpunkt 07 (Breitestraße 13) die Immissionsrichtwerte für Allgemeine Wohngebiete heranzuziehen.</p> <p>Für die übrigen Immissionsaufpunkte halten wir die Gebietseinstufung für angemessen. Sofern im Verlauf der weiteren Planung durch geeignete Schallschutzmaßnahmen die Einhaltung der Immissionsrichtwerte an den maßgeblichen Immissionsorten unter Berücksichtigung der Vorbelastungen sichergestellt bzw. nachgewiesen werden kann, bestehen gegen die Planung aus immissionsschutzrechtlicher Sicht keine Bedenken.</p> | <p>Für den Immissionsort IO 07 (Breitestraße Nr. 13) wird die Gebietsnutzung bzw. die Schutzbedürftigkeit einer Allgemeinen Wohngebiets (WA) im Rechenmodell zugrunde gelegt. Auch mit den strengeren Immissionsrichtwerten für ein WA werden die Werte am IO 07 eingehalten.</p> <p>BV: wird berücksichtigt</p> |
| 1.1.5 | <p>Naturschutz</p> <p>Die eingereichten Unterlagen zur Beurteilung der Bauleitplanung sind grundsätzlich vollständig. Es handelt sich um ein beschleunigtes Verfahren nach § 13a BauGB. Im beschleunigten Verfahren ist gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB keine Umweltprüfung durchzuführen und kein Umweltbericht zu erstellen. Zudem ist gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 4 BauGB die naturschutzrechtliche Eingriffs-/Ausgleichsregelung nicht anzuwenden. Dennoch sind die bestehenden Umweltbelange – insbesondere diejenigen des Naturschutzes und des Artenschutzes zu berücksichtigen.</p> <p>Auf Grundlage der derzeit vorhandenen Planunterlagen hat die untere Naturschutzbehörde folgende Anmerkungen:</p> <p>Das an den Bebauungsplan angrenzende FFH-Gebiet „Gebiete um das Laucherttal“ darf von dem Vorhaben nicht beeinträchtigt werden. Bautätigkeiten müssen so ausgeführt werden (z.B. Umgang mit Baumaschinen, Handhabung und Lagerung von Baumaterial, Abfall und wassergefährdende Stoffen), dass stoffliche Belastungen, Eintragungen bzw. Eintrübungen in die Lauchert ausgeschlossen sind. Bei Beleuchtungen ist darauf zu achten, ein insektenfreundliches Lichtspektrum zu wählen. Diese sind so anzubringen, dass das angrenzende FFH-Gebiet nicht angestrahlt wird. Daher sind die Maßnahmen V 1</p> | <p>Wo es möglich ist, sollen LED-Leuchtkörper mit max. 3000 Kelvin eingesetzt werden.</p> <p>Die Maßnahme M5 der Umweltanalyse bzw. die Maßnahme M6 im Schriftlichen Teil des Bebauungsplans werden wie folgt ergänzt: (Ergänzungen kursiv)</p> <p>Maßnahme 6 (M6): Reduktion von Lichtemissionen</p> <p>Für die Außenbeleuchtung sind insektenschonende LED-Leuchten zu verwenden, die vollständig eingekoffert sind. Um Streulicht zu vermeiden, befindet sich der Lichtpunkt im Gehäuse, der Lichtstrahl ist nach unten auszurichten.</p> <p>Wo es möglich ist, sind LED-Leuchtkörper mit einer Farbtemperatur von max. 3.000 Kelvin ein-</p> |

| | Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung | Behandlung der Stellungnahmen |
|--|---|--|
| | <p>und M 5 der Umweltanalyse Vorentwurf 20.12.2019 vollumfänglich umzusetzen. Außerdem wird zum Schutz nachtaktiver Insekten um Prüfung gebeten, ob LED-Straßenlampen mit einer Farbtemperatur von maximal 3000 Kelvin eingesetzt werden können.</p> <p>Im Zuge des Bebauungsplanes werden einzelne Bäume entfernt. In der Umweltanalyse wird erwähnt, dass die Bäume auf Nester und Höhlen untersucht wurden und dass keine Nester gesichtet wurden, jedoch wurden keine Aussagen zu Baumhöhlen getroffen. Daher die Bitte, dies noch zu ergänzen.</p> <p>Es fehlen unter anderem genaue Aussagen, wie viele Brutpaare bzw. Nester von Mehlschwalben und Haussperlinge betroffen sind. Anhand dieser Angaben ist dann die Anzahl der Nistkästen zu ermitteln (z.B. als Orientierungswerte für Mehlschwalben: von 1 - 10 Paaren werden pro Paar 2 artspezifische geeignete Nistkästen angeboten. Bei über 10 Paaren werden 1,5 Nistkästen pro Paar angeboten, mindestens jedoch 20). Erst so kann sichergestellt werden, dass keine Betroffenheit der naturschutzfachlichen Verbotstatbestände besteht.</p> <p>Die Maßnahme M6 und M7 (Umweltanalyse Vorentwurf 20.12.2019) Anbringung von Ersatzquartiere für Mehlschwalbe und Haussperlinge und Anbringung von Ersatzquartiere für die Zwergfledermaus sind vorgezogen als CEF-Maßnahme umzusetzen und ausführlicher zu beschreiben (z.B. Angaben zur Anbringungshöhe, Ausrichtung/ Exposition, Pflege bzw. Reinigung, Schutz-/Kotbretter). Weiterhin ist ein Monitoringkonzept auszuarbeiten.</p> <p>Nach der Umweltanalyse werden die Maßnahmen M6 und M7 am Schulgebäude umgesetzt. Wir weisen dazu darauf hin, auch die hygienischen Belange zu berücksichtigen.</p> <p>Die Abbrucharbeiten dürfen ohne Ausnahme erst nach der Quartierszeit der Fledermäuse (d.h. je nach Witterung Anfang bzw. Ende Oktober bis März) und nach der Vogelbrutzeit (d.h. Oktober bis Februar) erfolgen.</p> | <p>zusetzen.</p> <p>Die Beleuchtungsintensität ist im Zeitraum zwischen 23:00 Uhr und 5:00 Uhr zu reduzieren. Für eine Fassadenbestrahlung im rückwärtigen, der Lauchert zugewandten Bereich sind Fassadenleuchten zu verwenden, die nur das Gebäude beleuchten und kein Streulicht verursachen (Nähe FFH-Gebiet).</p> <p>Bei einer Baumkontrolle am 20.04.2019 wurden keine Baumhöhlen festgestellt. Dies wird in der Umweltanalyse Kapitel 7 und 9 ergänzt.</p> <p>Seitens der Stadt Gammertingen wurden im Januar 2020 folgende Nisthilfen gemäß Vorgaben in der artenschutzrechtlichen Prüfung angebracht: 10 - 15 Mehlschwalbenpaare, 10 - 15 Haussperlingspaare, 1 Hausrotschwanzpaar, 1 Fledermausquartier.</p> <p>Nach Vorgabe der Unteren Naturschutzbehörde müssen weitere Nisthilfen aufgehängt werden, um in Summe 24 Mehlschwalbennester, 15 Haussperlingskästen und 1 Kasten Halbhöhlenbrüter bereitzustellen.</p> <p>Das Büro 365° hat Bestand und Bedarf gegenübergestellt und der Stadt übermittelt. Die übrigen Kästen und Nisthilfen wurden seitens der Stadt Gammertingen beschafft und fachgerecht aufgehängt. Die Anzahl der Nester und Nistkästen wird in Maßnahme M6 der Umweltanalyse bzw. in Maßnahme M7 im Schriftlichen Teil des Bebauungsplans korrigiert.</p> <p>Ein Monitoringkonzept wurde ausgearbeitet: Kontrolle 1 Jahr, 3 und 5 Jahre nach Aufhängen der Nisthilfen. Die Ergebnisse sind in einem Monitoringbericht zusammenzufassen. Der Bericht ist der Unteren Naturschutzbehörde unaufgefordert vorzulegen.</p> <p>Die geforderte Maßnahmenbeschreibung sowie das Monitoringkonzept werden in den Maßnahmen M6 und M7 der Umweltanalyse bzw. Maßnahmen M7 und M8 im Schriftlichen Teil des Bebauungsplans ergänzt.</p> <p>Der Abbruch erfolgte wie festgesetzt, außerhalb der Vogelbrutzeit und der Quartierszeit von Fledermäusen. Wichtig ist der Beginn der Abbrucharbeiten insbesondere der Dachstühle und oberen Fassadenbereiche außerhalb der Quartiers- und Brutzeit. Dies führt automatisch zur Vergrämung von Tieren. Eine beginnende Brut von Vögeln oder Bezug von Quartieren von Fledermäusen</p> |

| | Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung | Behandlung der Stellungnahmen |
|--|---|---|
| | <p>Anhand der Umweltanalyse ist der Hausrotschwanz, welcher alljährlich in der Garage neben dem Schulgebäude brütet, ebenfalls betroffen. Für den Hausrotschwanz ist mindestens ein geeigneter Nistkasten (Anbringung von Halbhöhlennistkästen an Gebäuden im Umfeld, Maßnahmenumsetzung in mindestens 2 m Höhe entweder an der Fassade der Ostseite oder an der Südseite unter dem Dachvorsprung) fachgerecht anzubringen und dauerhaft zu erhalten.</p> | <p>wird dadurch verhindert. Dieser Vorgabe und zeitlichen Einschränkung wurde nachgekommen.</p> <p>Die Stadt hat einen Nistkasten (Kasten für Halbhöhlenbrüter) für den Hausrotschwanz aufgehängt. Dies wird in die Maßnahme M6 der Umweltanalyse bzw. Maßnahme M7 im Schriftlichen Teil des Bebauungsplans mitaufgenommen.</p> <p>Insgesamt wurden die Maßnahmen M6 und M7 der Umweltanalyse bzw. Maßnahmen M7 und M8 im Schriftlichen Teil des Bebauungsplans wie folgt ergänzt: <i>(Ergänzungen kursiv)</i></p> <p>Maßnahme 7 (M7): Anbringen von Ersatzquartieren für Mehlschwalben, Haussperling und Hausrotschwanz Fachgerechte Anbringung von künstlichen Nisthilfen für Mehlschwalben und Haussperlinge am Schulgebäude und damit in unmittelbarer Nähe zu den ursprünglichen Nestern an der ehemaligen Textilfabrik.</p> <p><i>Die Fluglochgröße der Kästen Haussperlinge muss einen Durchmesser von 32 mm betragen. Insgesamt sind 20 Nester für Haussperlinge und 20 Nester für Mehlschwalben anzubringen. Für den Hausrotschwanz ist mindestens ein Halbhöhlenbrüterkasten an Gebäuden im Umfeld in mindestens 2 m Höhe anzubringen. Die Nester sind an geeigneten Stellen aufzuhängen, dauerhaft zu unterhalten, bei Beschädigung zu reparieren und ggf. zu ersetzen. Alle Ersatzquartiere sind in der Saison vor den Abbrucharbeiten anzubringen, sodass sich die Tiere bereits daran gewöhnen und sie teilweise beziehen können. Unterhalb der Kunstnester sind zum Schutz der Fenstersimse im Abstand von mind. 60 cm zum Nest Kotbretter anzubringen. Es sollte möglich sein, die Ersatzkästen zu öffnen um in einem Abstand von ca. 3 Jahren die alten Nester bzw. toten Jungvögel zu entfernen.</i></p> <p><i>Monitoring: Eine Kontrolle, ob die Nisthilfen angenommen wurden, erfolgt ein Jahr, 3 und 5 Jahre nach Aufhängen der Nisthilfen in den Jahren 2021, 2023, 2025. Die Ergebnisse sind in einem Monitoringbericht zusammenzufassen. Der Bericht ist der Unteren Naturschutzbehörde (UNB) unaufgefordert vorzulegen.</i></p> <p>Maßnahme 8 (M8): Anbringung von Ersatzquartieren für die Zwergfledermaus Fachgerechte Anbringung von mindestens zwei Fledermauskästen an der Süd-West-Seite des Schulgebäudes und in eine andere Himmelsrich-</p> |

| | Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung | Behandlung der Stellungnahmen |
|-------|--|---|
| | <p>Auch alle weiteren, in der Umweltanalyse des Büros 356° freiraum + umwelt (Vorentwurf 20.12.2019) genannten, Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen sind als Festsetzungen bzw. Hinweise in den Bebauungsplan zu übernehmen und vollständig zu berücksichtigen bzw. umzusetzen.</p> <p>Zudem wäre es aus Sicht des Naturschutzes wünschenswert, wenn möglichst wenig Fläche versiegelt werden würde, ausgenommen die o.g. Altlastenbereiche, für die anderes gilt, wie unter „Bodenschutz“ beschrieben.</p> <p>Spezielle Einbauten in den Boden (Vliese, Folien und Steinaufschüttungen) sollten vermieden werden, damit die Vegetation nicht behindert wird, zu wachsen.</p> <p>Wir bitten um die Ergänzung und Vervollständigung der oben genannten Punkte.</p> | <p>tung (wegen unterschiedlichen Wetterverhältnissen).</p> <p><i>Als Ersatzquartier eignet sich ein größerer Flachkasten (z. B. Fledermausflachkasten 1FF der Fa. Schwegler). Bei der Standortwahl ist die Störung von künftig herabfallendem Fledermauskot zu berücksichtigen. Die Kästen sind unter Anleitung einer fachkundigen Person an geeigneten Stellen aufzuhängen, dauerhaft zu unterhalten, bei Beschädigung zu reparieren und ggf. zu ersetzen. Die Fledermauskästen sind in der Saison vor den Abbrucharbeiten, anzubringen.</i></p> <p><i>Monitoring: Eine Kontrolle, ob die Fledermauskästen angenommen wurden, erfolgt ein Jahr, 3 und 5 Jahre nach Aufhängen der Kästen in den Jahren 2021, 2023, 2025. Die Ergebnisse sind in einem Monitoringbericht zusammenzufassen. Der Bericht ist der Unteren Naturschutzbehörde (UNB) unaufgefordert vorzulegen.</i></p> <p>Die Maßnahmenvorschläge aus der Umweltanalyse sind entsprechend als verbindliche Festsetzungen gemäß § 9 (1) Nr. 20 BauGB bzw. §§ 9 (1) Nr. 25a und Nr. 25b BauGB oder als Hinweis in den Bebauungsplan bzw. gemäß § 74 (1) LBO in die Örtlichen Bauvorschriften übernommen.</p> <p>Vgl. Punkt 1.1.1 Bodenschutz</p> <p>Die Festsetzung zur Gestaltung der unbebauten Flächen wird in den Örtlichen Bauvorschriften wie folgt ergänzt:</p> <p>4. Gestaltung der unbebauten Flächen <i>Die Freiflächen der Baugrundstücke müssen als Grünflächen oder gärtnerisch genutzte Flächen angelegt und unterhalten werden. Dies gilt nicht für Zufahrten, Stellplätze, Platzbereiche und Veranstaltungsf lächen.</i> <i>Es sind überwiegend gebietsheimische Pflanzen zu verwenden.</i></p> <p><i>Abdeckungen von offenen Bodenflächen zur Gartengestaltung mit Schotter- oder Steinschüttungen sowie spezielle Einbauten in den Boden (Vliese, Folien etc.) sind unzulässig, sofern nicht technisch erforderlich (insbesondere Versickerungsflächen, Rigolen, Traufstreifen etc.).</i></p> <p>BV: wird berücksichtigt</p> |
| 1.1.6 | <p>Fachbereich Landwirtschaft Nicht betroffen</p> | |

| | Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung | Behandlung der Stellungnahmen |
|-------|--|---|
| | <p>Fachbereich Forst Nicht betroffen. Forstliche Belange sind nicht berührt, Ausgleichsmaßnahmen im Wald sind nicht beschrieben.</p> <p>Fachbereich Veterinärdienst und Verbraucherschutz Nicht betroffen. Zum jetzigen Planungsstand sind keine lebensmittelrechtlichen Bestimmungen berührt.</p> | BV: wird zur Kenntnis genommen |
| 1.1.7 | <p>Fachbereich Straßenbau Positiv unter Beachtung von Auflagen und Hinweisen.</p> <p>Das Plangebiet befindet sich straßenrechtlich innerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrt von Gammertingen an der B 32. Zur Beurteilung von straßenrechtlichen und straßenbaulichen Belangen ist das Regierungspräsidium Tübingen, Referat 45 zuständigkeitshalber anzuhören.</p> <p>Für die straßenbetrieblichen Belange ist folgendes zu beachten: Im Bereich des Straßenkörpers der B 32 dürfen keine Ver- und Entsorgungsleitungen verlegt werden. Evtl. notwendig werdende Aufgrabungen im Bereich der B 32 für Kreuzungen und Anschlüsse an Ver- und Entsorgungsleitungen sowie Anpassungsarbeiten an das Niveau der B 32 dürfen erst nach Abschluss einer entsprechenden vertraglichen Regelung (Nutzungsvertrag) mit dem Landratsamt Sigmaringen, Fachbereich Straßenbau vorgenommen werden. Der B 32 sowie deren Entwässerungseinrichtungen darf vom gesamten Geltungsbereich des Bebauungsplanes einschließlich der Erschließungsstraßen kein Oberflächenwasser zugeführt werden.</p> | <p>Vgl. hierzu Punkt 1.2 Stellungnahme Regierungspräsidium Tübingen</p> <p>Die straßenbetrieblichen Belange werden bei der Umsetzung des Bauvorhabens beachtet.</p> <p>BV: wird berücksichtigt</p> |
| 1.1.8 | <p>Fachbereich Recht und Ordnung</p> <p>Kreispolizeibehörde Nicht betroffen.</p> | BV: wird zur Kenntnis genommen |
| 1.1.9 | <p>Straßenverkehrsbehörde (Frau Straub, 102-6344) Positiv unter Beachtung von Auflagen und Hinweisen.</p> <p>Den Ausführungen der verkehrspolizeilichen Stellungnahme des Polizeipräsidiums Ravensburg vom 31.01.2020 schließen wir uns vollumfänglich an.</p> <p>Desweiteren sind unseres Erachtens die Sichtverhältnisse auf herannahende Verkehrsteilnehmer und Fahrzeuge bei den fünf Stellplätzen zwischen</p> | Vgl. hierzu Punkt 1.4 Stellungnahme Polizeipräsidium Ravensburg |

| | Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung | Behandlung der Stellungnahmen |
|--------|---|--|
| | <p>der südöstlichen Lärmschutzwand im Bereich ST 4 und dem Wohngebäude (Flurstück Nr. 287/23) nicht gegeben. Insbesondere in Richtung Lärmschutzwand bzw. Sporthalle wird die Sicht für ausfahrende Fahrzeuge vollständig durch die Lärmschutzwand verdeckt. Den fünf Stellplätzen können wir daher nicht zustimmen.</p> <p>Auch bei den gegenüberliegenden sechs Stellplätzen kann anhand der Planung nicht nachvollzogen werden, ob die Sicht für ausfahrende Fahrzeuge in Richtung Sporthalle nicht verdeckt wird z. B. durch Einfriedungen entlang des Sportplatzes. Im Fall von Sichtbehinderungen sollte hier ebenfalls auf die beiden Stellplätze unmittelbar neben dem Sportplatz verzichtet werden.</p> <p>Ergänzend wird empfohlen den einseitigen Gehweg gemäß Ziffer 6.1.6.1 und 6.1.6.2 der RAS 06 herzustellen. Im Bereich einer Kultur- und Stadthalle ist unseres Erachtens von erhöhten Ansprüchen an Fläche und Ausstattung (Fußgänger im Rollstuhl, mit eingeschränkten körperlichen Fähigkeiten, Kinderwagen etc.) auszugehen.</p> <p>Verkehrszeichen sowie deren Standort müssen durch die untere Verkehrsbehörde angeordnet werden. Aufgrund der baulichen Änderungen werden in der neu geschaffenen Verbindungsstraße, sowie in der Straße Mühlburren oder Josef-Wiest-Straße voraussichtlich Verkehrszeichen neu anzubringen, zu ändern oder zu entfernen sein. Wir bitten dies zu beachten und rechtzeitig vor Freigabe des Straßenbereichs für den öffentlichen Verkehr die Maßnahmen mit der unteren Straßenverkehrsbehörde abzustimmen.</p> | <p>Im Stellplatzbereich ST4 werden die betreffenden 5 Stellplätze zwischen der Lärmschutzwand und dem Gebäude auf Flst. 287/23 um 90° gedreht und auf 4 Stellplätze reduziert, so ist das gefahrlose Ein- und Ausfahren gewährleistet.</p> <p>Die Einfassung des Sportfeldes ist transparent (Ballfangzaun). Die Sicht für ein- und ausfahrende Verkehrsteilnehmer ist gewährleistet. Die Anordnung dieser Stellplätze wird beibehalten.</p> <p>Im Rahmen der Ausführungsplanung werden die anerkannten Richtlinien und Vorgaben berücksichtigt.</p> <p>Die Maßnahmen werden mit der unteren Straßenverkehrsbehörde rechtzeitig vor Freigabe des Straßenbereichs abgestimmt.</p> <p>BV: wird berücksichtigt</p> |
| 1.1.10 | <p>Fachbereich Vermessung und Flurneuordnung Nicht betroffen. Die Belange der unteren Vermessungsbehörde sind nicht betroffen.</p> | <p>BV: wird zur Kenntnis genommen</p> |
| 1.1.11 | <p>Dies ist eine koordinierte Stellungnahme der vorgenannten Fachbereiche. Die Angaben wurden auf Plausibilität geprüft. Eine vorweggezogene Abwägung hat nicht stattgefunden. Eine Abarbeitung und Abwägung im kommunalen Gremium ist zu jeder einzelnen Position notwendig.</p> <p>Ich darf Sie bitten, nach Beratung der öffentlichen Belange dem Fachbereich Baurecht und dem Fachbereich Umwelt und Arbeitsschutz in jedem Fall je ein Abwägungsprotokoll zu übersenden.</p> | <p>Eine Beteiligung am weiteren Verfahren erfolgt im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans. Das Abwägungsprotokoll wird im Rahmen der öffentlichen Auslegung zugesandt.</p> <p>BV: wird berücksichtigt</p> |
| 1.2 | <p>Regierungspräsidium Tübingen Referat 21, Bauleitplanung Konrad-Adenauer-Str. 20 72072 Tübingen</p> | |

| | Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung | Behandlung der Stellungnahmen |
|-------|---|--|
| | <p><u>Schreiben vom 27.01.2020</u></p> <p>Raumordnung / Bauleitplanung Gegen die Planung bestehen keine grundsätzlichen Bedenken.</p> <p>Wir weisen jedoch darauf hin, dass das Plangebiet nach den Festlegungen im Entwurf zur Fortschreibung des Regionalplanes Bodensee-Oberschwaben randlich von einem Vorranggebiet für Naturschutz und Landschaftspflege (Z) überlagert wird. Eine Auseinandersetzung mit diesem künftigen Ziel der Raumordnung ist erforderlich.</p> | <p>Das Vorranggebiet für Naturschutz und Landschaftspflege entspricht dem entlang der Lauchert ausgewiesenen FFH-Gebiet „Gebiete um das Laucherttal“. Durch die Umsetzung der im Bebauungsplan verbindlich festgesetzten Maßnahmen sind erheblichen Beeinträchtigungen der Lebensbedingungen naturschutzfachlich bedeutsamer Arten, der Qualität ihrer Lebensräume und der Funktionalität des Biotopverbunds nicht zu besorgen (PS 3.2.1 Z (2)). Die raumbedeutsame Funktion des Vorranggebiets für Naturschutz und Landschaftspflege wird damit aufrechterhalten.</p> <p>Die Begründung wird unter Punkt 4.2 „Regionalplan Bodensee-Oberschwaben“ entsprechend ergänzt.</p> <p>BV: wird berücksichtigt</p> |
| 1.2.1 | <p>Raumordnung / Einzelhandel Gemäß den vorgelegten Planunterlagen beabsichtigt die Stadt Gammertingen die Aufstellung des Bebauungsplans „Stadt- und Kulturhalle“.</p> <p>Planungsrechtlich wird eine Fläche für Gemeinbedarf und als Art der Nutzung ein eingeschränktes Gewerbegebiet festgesetzt. Nicht zulässig sind u. a. Einzelhandelsbetriebe. Laut Begründung sind diese ausgeschlossen, um Agglomerationen des Einzelhandels in dieser Lage zu vermeiden.</p> <p>Aufgrund dieser Festsetzungen bestehen aus Sicht des Einzelhandels keine raumordnungsrechtlichen Bedenken.</p> | <p>BV: wird zur Kenntnis genommen</p> |
| 1.2.2 | <p>Straßenwesen Das Regierungspräsidium – Abteilung Straßenwesen und Verkehr – erhebt keine grundsätzlichen Einwendungen zum vorgelegten Bebauungsplan.</p> <p>Im Interesse der Verkehrssicherheit sind die straßenrechtlichen Belange der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auch im Innenbereich bei der Aufstellung von Bebauungsplänen zu beachten. Innerhalb des Erschließungsbereiches von Landesstraßen beträgt der Schutzstreifen gemäß § 9 FStrG einheitlich 10 m, jeweils gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn.</p> <p>Um die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf den Straßen des überörtlichen Verkehrs weiterhin zu gewährleisten bzw. zu erhöhen und um Knotenpunkte rechtzeitig erkennbar und über-</p> | <p>Die einzuhaltenden Sichtfelder wurden geprüft, diese liegen in Bereich der öffentlichen Verkehrs-</p> |

| | Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung | Behandlung der Stellungnahmen |
|---------|--|---|
| | <p>sichtlich zu gestalten, sind an einmündenden Ortsstraßen ausreichende Sichtfelder vorzuhalten.</p> <p>Außerdem sind im Interesse der Verkehrssicherheit überall dort wo es sich ermöglichen lässt, Zugänge und Zufahrten zu anliegenden Grundstücken durch Schließung, Zusammenlegung oder durch Schaffung rückwärtiger Erschließungsmöglichkeiten zu reduzieren.</p> <p>Unabhängig hiervon bedarf es bei der künftigen Anlage neuer Anschlüsse / Grundstückszufahrten jeweils im Einzelfall einer verkehrstechnischen Prüfung und Zustimmung durch den Straßenbau- lastträger bzw. durch die Verkehrs- und Polizei- behörde.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass bauliche Ver- änderungen an der Bundesstraße nur mit aus- drücklicher Zustimmung der Straßenbauverwal- tung als Träger der Straßenbaulast zulässig sind.</p> <p>Bei Maßnahmen, welche die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs beeinträchtigen können (z.B. Einschränkung der Sichtverhältnisse oder des Straßenquerschnittes, etc.), ist die Zustim- mung der Verkehrskommission erforderlich.</p> | <p>flächen. Im Rahmen der Ausführungsplanung werden die einzuhaltenden Sichtfelder berück- sichtigt.</p> <p>BV: wird berücksichtigt</p> |
| 1.2.2.1 | <p>Äußere verkehrliche Erschließung</p> <p>Durch die Neukonzeption der Verkehrsführung wird der bestehende Anschluss der Straße „Mühl- burren“ in die „Sigmaringer Straße“ erheblich auf- gewertet. Es wird gebeten darzulegen, wie die verkehrsgerechte Ausbildung des Anschlusses erfolgen soll. Insbesondere ist aufzuzeigen, wie ein ggf. erforderlicher Aufstellbereich angelegt werden soll. Dabei sind die Schleppkurven der Busse zu berücksichtigen.</p> | <p>Die Straßenplanung wurde mit dem Regierungs- präsidium, Abt. Straßenwesen und Verkehr, ab- gestimmt.</p> <p>Die verkehrlichen Auswirkungen des Bauvorha- bens der Stadt- und Kulturhalle wurden unter- sucht (vgl. Verkehrliche Stellungnahme, BS Inge- nieure vom 15.07.2020).</p> <p>Die Leistungsfähigkeitsberechnungen an den maßgeblichen Knotenpunkten 01 (Sigmaringer Straße / Lindenstraße), 02 (Sigmaringer Straße / Straße „Mühlburren“) und 03 (Sigmaringer Straße / Erschließung Parkierungsfläche) kommen zu dem Ergebnis, dass diese auch mit dem zusätzli- chen Verkehr der „Stadt- und Kulturhalle“ in ihrem heutigen Ausbauzustand rechnerisch leistungsfä- hig betrieben werden können. Ausbaumaßnah- men im Bereich der Sigmaringer Straße sind da- her nicht erforderlich.</p> <p>BV: wird berücksichtigt</p> |
| 1.2.2.2 | <p>Stellplätze</p> <p>Im Entwurf ist nicht ersichtlich, wie die ausgewie- senen Flächen für Stellplätze (ST1 und ST2) so- wie für die Verladezone verkehrlich erschlossen werden. Hier sollten im Bebauungsplan eindeuti- ge Zu- und Ausfahrtsbereiche an der B 32 defi- niert werden. Für die Zwischenbereiche wäre die Festlegung von Bereichen ohne Ein- und Ausfahrt aus Gründen der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs vorteilhaft.</p> | <p>Bei den Stellplätzen ST1 handelt es sich um Längsparker entlang der Straße „Mühlburren“. Der Stellplatzbereich ST2 wird über eine Zufahrt von der Sigmaringer Straße (B32) erschlossen. Der Einfahrtbereich und der Bereich ohne Aus- und Einfahrt gemäß § 9 (1) 11 BauGB wird ent- lang der Sigmaringer Straße (B32) ergänzt. Im Schriftlichen Teil des Bebauungsplans wird die Festsetzung 1.8 „Anschluss anderer Flächen an</p> |

| | Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung | Behandlung der Stellungnahmen |
|-------|---|---|
| | <p>Bei der verkehrlichen Erschließung von Parkplätzen bzw. Tiefgaragen sind für die Zufahrtsbereiche von der B 32 aus die Vorgaben der Garagenverordnung – GaVO, Zufahrtenrichtlinie sowie Empfehlungen für Anlagen des ruhenden Verkehrs – EAR 05 anzuwenden bzw. einzuhalten.</p> <p>Es wird gebeten, das Regierungspräsidium – Abteilung Straßenwesen und Verkehr – am weiteren Verfahren zu beteiligen.</p> | <p>die Verkehrsflächen“ wie folgt ergänzt: (Ergänzungen kursiv)</p> <p>1.8 Anschluss anderer Flächen an die Verkehrsflächen [...] Sigmaringer Straße (B32) Entsprechend der Einzeichnung in der Planzeichnung ist entlang der Sigmaringer Straße (B32) die direkte Zufahrt zur Stadt- und Kulturhalle nur innerhalb der gekennzeichneten Einfahrtsbereiche zulässig. Die Zufahrtsbeschränkung gilt auch für die Bauzeit von Einzelbauvorhaben.</p> <p>Die Vorgaben aus den relevanten Planungsrichtlinien sind stets Grundlage der Planung und werden im Rahmen der Ausführungsplanung entsprechend berücksichtigt.</p> <p>BV: wird berücksichtigt</p> |
| 1.2.3 | <p>Gewässer und Boden Referat 52 nimmt zu o.g. Vorhaben wie folgt Stellung.</p> <p>Bodenschutz (nachsorgender) Im Plangebiet befindet sich eine Altlast. Die Detailuntersuchung (DU) entsprechend der landeseinheitlichen Vorgehensweise zur Bearbeitung von Altlasten ist noch nicht abgeschlossen. Sobald der vollständige Bericht der DU der unteren Bodenschutzbehörde vorliegt, wird diese zu o.g. Vorhaben Stellung nehmen. Das Referat 52 verweist auf diese Stellungnahme.</p> <p>Hochwasserschutz Aus Sicht HWGK besteht keine Betroffenheit. Die geplante Bebauung liegt außerhalb des Überschwemmungsgebietes der angrenzenden Lauchert</p> | <p>BV: wird zur Kenntnis genommen</p> |
| 1.2.4 | <p>Naturschutz Die Umweltunterlagen sind gründlich ausgearbeitet.</p> <p>Bei Berücksichtigung der Schutzmaßnahmen für die streng geschützte Zwergfledermaus werden keine artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände ausgelöst. Bezgl. der Maßnahmen für die Mehlschwalbe verweisen wir auf die zuständige Untere Naturschutzbehörde.</p> <p>Artenschutzbelange in Zuständigkeit der Höheren Naturschutzbehörde sind damit nicht berührt.</p> <p>Hinsichtlich der FFH-Vorprüfung weisen wir je-</p> | |

| | Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung | Behandlung der Stellungnahmen |
|-------|--|---|
| | <p>doch auf Folgendes hin: Der Geltungsbereich des Bebauungsplans überschneidet sich kleinflächig mit dem FFH-Gebiet „Gebiete um das Lauchertal“. Insofern ist die Ankreuzung im Punkt 4.1 des Formblatts (Vorhaben außerhalb eines Natura 2000-Gebiets) unzutreffend, auch wenn die Baumaßnahme außerhalb des FFH-Gebietes stattfindet. Eine Überschneidung des B-Plan-Geltungsbereichs mit FFH-Gebieten sollte aus unserer Sicht i.d.R. vermieden werden, sofern nicht naturschutzfachliche Gründe dafür sprechen.</p> <p>Nach den Ausführungen der Vorprüfung S. 4 werden im FFH-Gebiet keine Flächen direkt beansprucht. Im Vorentwurf des B-Plans ist jedoch für den im FFH-Gebiet gelegenen Gewässerrandstreifen die Maßnahme M1 vorgesehen (s. Plan-ausschnitt rechts), die in der Umweltanalyse S. 16 folgendermaßen beschrieben wird: „Schutz des Oberbodens - Fachgerechter Abtrag und Wiederverwertung von Oberboden im Plangebiet usw. ...“. Werden hier doch Flächen beansprucht? – Der Widerspruch ist aufzuklären</p> | <p>Die FFH-Vorprüfung wird in Punkt 4.1 korrigiert. Die Überschneidung mit der amtlichen Abgrenzung des FFH-Gebietes ist minimal und nur randlich. In gemeinte Lebensraumtypen des FFH-Gebietes wird nicht eingegriffen. Eine erhebliche Beeinträchtigung des FFH-Gebietes wird durch Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen ausgeschlossen. Es ist keine Änderung am Geltungsbereich des Bebauungsplans erforderlich.</p> <p>Bei der Maßnahme 1 (M1) im Bebauungsplan handelt es sich um eine Festsetzung nach § 9 (1) Nr. 20 BauGB. Diese entspricht der Vermeidungsmaßnahme V1 im Bericht der Umweltanalyse.</p> <p>BV: wird berücksichtigt</p> |
| 1.3 | <p>Regierungspräsidium Freiburg Abteilung 9, Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau Albertstraße 5 79104 Freiburg</p> <p><u>Schreiben vom 25.02.2020</u></p> <p>Rechtliche Vorgaben aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall nicht überwunden werden können Keine</p> <p>Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den Plan berühren können, mit Angabe des Sachstandes Keine</p> | <p>BV: wird zur Kenntnis genommen</p> |
| 1.3.1 | <p>Hinweise, Anregungen oder Bedenken Geotechnik Das LGRB weist darauf hin, dass im Anhörungsverfahren als Träger öffentlicher Belange keine fachtechnische Prüfung vorgelegter Gutachten oder von Auszügen daraus erfolgt. Sofern für das Plangebiet ein ingenieurgeologisches Übersichtsgutachten, Baugrundgutachten oder geotechnischer Bericht vorliegt, liegen die darin getroffenen Aussagen im Verantwortungsbereich des gutachtenden Ingenieurbüros.</p> <p>Eine wasserwirtschaftliche Zulässigkeit der geplanten Nutzung vorausgesetzt, empfiehlt das LGRB andernfalls die Übernahme der folgenden geotechnischen Hinweise in den Bebauungsplan:</p> <p>Nach dem geologischen Basisdatensatz des</p> | <p>Der Hinweis 2.5 „Geotechnik“ wird wie folgt neu aufgenommen:</p> <p>2.5 Geotechnik <i>Nach dem geologischen Basisdatensatz des Landesamtes für Geologie, Rohstoffe und Bergbau bilden im nördlichen Teil des Plangebiets quartäre Verwitterungs- und Umlagerungsbildungen, im</i></p> |

| | Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung | Behandlung der Stellungnahmen |
|-------|---|---|
| | <p>LGRB bilden im nördlichen Teil des Plangebiets quartäre Verwitterungs- und Umlagerungsbildungen, im südlichen Teil des Plangebiets holozäner Auenlehm jeweils unbekannter Mächtigkeit den oberflächennahen Baugrund.</p> <p>Mit lokalen Auffüllungen vorangegangener Nutzungen, die ggf. nicht zur Lastabtragung geeignet sind, einem oberflächennahen saisonalen Schwinden (bei Austrocknung) und Quellen (bei Wiederbefeuchtung) des tonigen/tonig-schluffigen Verwitterungsbodens sowie einem kleinräumig deutlich unterschiedlichen Setzungsverhalten des Auenlehms ist zu rechnen. Ggf. vorhandene organische Anteile können zu zusätzlichen bau-technischen Erschwernissen führen. Der Grundwasserflurabstand kann bauwerksrelevant sein. Verkarstungserscheinungen (offene oder lehmerfüllte Spalten, Hohlräume, Dolinen) sind nicht auszuschließen. Sollte eine Versickerung der anfallenden Oberflächenwässer geplant bzw. wasserwirtschaftlich zulässig sein, wird auf das Arbeitsblatt DWA-A 138 (2005) verwiesen und im Einzelfall die Erstellung eines entsprechenden hydrologischen Versickerungsgutachtens empfohlen.</p> <p>Bei etwaigen geotechnischen Fragen im Zuge der weiteren Planungen oder von Bauarbeiten (z. B. zum genauen Baugrundaufbau, zu Bodenkennwerten, zur Wahl und Tragfähigkeit des Gründungshorizonts, zum Grundwasser, zur Baugrubensicherung, bei Antreffen verkarstungsbedingter Fehlstellen wie z. B. offenen bzw. lehmerfüllten Spalten) werden objektbezogene Baugrunduntersuchungen gemäß DIN EN 1997-2 bzw. DIN 4020 durch ein privates Ingenieurbüro empfohlen.</p> | <p>südlichen Teil des Plangebiets holozäner Auenlehm jeweils unbekannter Mächtigkeit den oberflächennahen Baugrund.</p> <p>Mit lokalen Auffüllungen vorangegangener Nutzungen, die ggf. nicht zur Lastabtragung geeignet sind, einem oberflächennahen saisonalen Schwinden (bei Austrocknung) und Quellen (bei Wiederbefeuchtung) des tonigen/tonig-schluffigen Verwitterungsbodens sowie einem kleinräumig deutlich unterschiedlichen Setzungsverhalten des Auenlehms ist zu rechnen. Ggf. vorhandene organische Anteile können zu zusätzlichen bau-technischen Erschwernissen führen. Der Grundwasserflurabstand kann bauwerksrelevant sein. Verkarstungserscheinungen (offene oder lehmerfüllte Spalten, Hohlräume, Dolinen) sind nicht auszuschließen. Sollte eine Versickerung der anfallenden Oberflächenwässer geplant bzw. wasserwirtschaftlich zulässig sein, wird auf das Arbeitsblatt DWA-A 138 (2005) verwiesen und im Einzelfall die Erstellung eines entsprechenden hydrologischen Versickerungsgutachtens empfohlen.</p> <p>Bei etwaigen geotechnischen Fragen im Zuge der weiteren Planungen oder von Bauarbeiten (z. B. zum genauen Baugrundaufbau, zu Bodenkennwerten, zur Wahl und Tragfähigkeit des Gründungshorizonts, zum Grundwasser, zur Baugrubensicherung, bei Antreffen verkarstungsbedingter Fehlstellen wie z. B. offenen bzw. lehmerfüllten Spalten) werden objektbezogene Baugrunduntersuchungen gemäß DIN EN 1997-2 bzw. DIN 4020 durch ein privates Ingenieurbüro empfohlen.</p> <p>BV: wird berücksichtigt</p> |
| 1.3.2 | <p>Boden Zur Planung sind aus bodenkundlicher Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzutragen.</p> <p>Mineralische Rohstoffe Zum Planungsvorhaben sind aus rohstoffgeologischer Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzubringen.</p> <p>Grundwasser Aus hydrogeologischer Sicht sind zum Planungsvorhaben keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzubringen.</p> <p>Bergbau Bergbehördliche Belange sind nicht berührt.</p> <p>Geotopschutz Im Bereich der Planfläche sind Belange des geowissenschaftlichen Naturschutzes nicht tangiert.</p> <p>Allgemeine Hinweise Die lokalen geologischen Untergrundverhältnisse können dem bestehenden Geologischen Karten-</p> | |

| | Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung | Behandlung der Stellungnahmen |
|-------|--|---|
| | <p>werk, eine Übersicht über die am LGRB vorhandenen Bohrdaten der Homepage des LGRB (http://www.lgrb-bw.de) entnommen werden.</p> <p>Des Weiteren verweisen wir auf unser Geotop-Kataster, welches im Internet unter der Adresse http://lgrb-bw.de/geotourismus/geotope (Anwendung LGRB-Mapserver Geotop- Kataster) abgerufen werden kann.</p> | BV: wird zur Kenntnis genommen |
| 1.4 | <p>Polizeipräsidium Ravensburg Gartenstraße 97 88212 Ravensburg</p> <p><u>Schreiben vom 31.01.2020</u></p> <p>Gegen den Beschluss des Bebauungsplans in der vorgelegten Form bestehen seitens des Polizeipräsidiums Ravensburg grundsätzlich keine Bedenken. Es wird ausdrücklich begrüßt, dass mit der Schaffung einer Straße zwischen der bisherigen Wendepalte an der Lauchert und der Sigmaringer Straße zukünftig die Josef-Wiest-Straße mit ihren vielfältigen Verkehrsbeziehungen (Fußgänger, Radverkehr, Kfz-Individualverkehr, ÖPNV) gerade in Stoßzeiten entlastet wird.</p> | BV: wird zur Kenntnis genommen |
| 1.4.1 | <p>Aus verkehrspolizeilicher Sicht sehen wir noch folgenden Änderungsbedarf:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bei der Ausfahrt aus den Stellplätzen „ST 6“ in die Josef-Wiest-Straße bestünde selbst bei Wegfall des südöstlichsten Stellplatzes in Richtung Hallenbad nur eine Sicht von ca. 25m. Um die Unfallgefahr zu minimieren wird vorgeschlagen, die Ausfahrt in den nordöstlichen Bereich des Parkplatzes an die neue Verbindungsstraße zu verlegen. - Entlang der neuen Verbindungsstraße sollte durchgängig ein einseitiger, 180 cm breiter Gehweg hergestellt werden. Alternativ wäre eine sichere Fußwegverbindung zwischen südlichem und nördlichem Teil des Plangebiets planerisch aufzuzeigen. „Sicher“ würde bedeuten, dass die Fahrwege von und zu den Parkplätzen von den zu Fuß Gehenden nicht gekreuzt werden müssten. - Von der bestehenden Bushaltestelle in der Josef-Wiest-Straße ausgehend, geschähe die Zufahrt dazu über die Straße „Mühlburren“ und die neue Verbindungsstraße, die Abfahrt davon über die Josef-Wiest-Straße. Dementsprechend wären die Schleppkurven für den von den Ausmaßen ungünstigsten Bus für diese Richtung darzustellen (im Lageplan sind diese für die Gegenrichtung angedeutet). | <p>Die Ausgestaltung und Anordnung der Stellplätze und die Zufahrtsbereiche des Stellplatzbereichs ST 6 erfolgen in Abstimmung mit der Verkehrsbehörde im Rahmen der Ausführungsplanung, die zu einem späteren Zeitpunkt vorgesehen ist. Im Rahmen von vorbereitenden Verkehrsschauen wird die Verkehrsbehörde und die Polizei rechtzeitig in die Planungen einbezogen.</p> <p>Entlang der neuen Verbindungsstraße wird ein einseitiger Gehweg mit einer Breite von 1,80 m vorgesehen und dementsprechend in den Bebauungsplan übernommen. Die sichere fußläufige Verbindung zwischen der Sigmaringer Straße und der Josef-Wiest-Straße ist gewährleistet, da, zusätzlich zum geplanten Gehweg entlang der neuen Verbindungsstraße, eine Durchgängigkeit im Platzbereich der Stadthalle (Teilgebiet 1) zukünftig gegeben sein wird.</p> <p>Es ist vorgesehen den Busverkehr in eine Richtung aus der Josef-Wiest-Straße, über die neue Verbindung in den Mühlburren und weiter in die Sigmaringer Straße (B32) zu leiten. Ein gegenläufiger Buslinienverkehr ist nicht geplant.</p> |

| | Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung | Behandlung der Stellungnahmen |
|-----|---|---|
| | <ul style="list-style-type: none"> - Die Fahrbahnbreite im Zuge der neuen Erschließungsstraße sollte in den gerade verlaufenden Teilabschnitten einheitlich 5,50 bis 6,00 m betragen (Tabelle 7 in Ziffer 6.1.1.2 der RAST 06). - Bei der Pflanzung der Laubbäume und der Hainbuchenhecke entlang der neuen Verbindungsstraße (PFG 2) ist auf einen ausreichenden seitlichen Abstand zur Straße zu achten, um auch langfristig ein Hineinragen in den Straßenkörper zu vermeiden; Bei den hochstämmigen Bäumen zusätzlich darauf, dass das Lichtraumprofil auch bis in eine Höhe von 4,50 m dauerhaft frei bleibt. <p>Darüber hinaus muss der Vorsprung des Verkehrsgrüns im südwestlichen Bereich des Plangebiets vermieden und der Übergang vielmehr fahrdynamisch angeglichen werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Hinsichtlich der geforderten aktiven Lärmschutzmaßnahmen im Bereich ST 2 wird aus verkehrspolizeilicher Sicht eindeutig die erstgenannte aufgezeigte Variante (dreiseitig umschlossenes, überdachtes Garagengebäude) bevorzugt. Die in der zweiten Variante beinhalteten sechs Lärmschutzwände zwischen den Stellplatzreihen würden beim Ein- oder Ausparken bestimmt immer wieder angefahren. - Die vorgesehenen beiden behindertengerechten Stellplätze im Bereich ST 1 sind entsprechend Bild 18 in Ziffer 4.4 der RAST 06 auszugestalten. - An den Einmündungen der Straße „Mühlburren“ in die neue Verbindungsstraße bzw. Mühlburren / Sigmaringer Straße sind jeweils Sichtdreiecke 3/70 vorzusehen und im zeichnerischen Teil einzutragen. - Die maximale Höhe von Einfriedungen entlang der Straße dürfen in den Sichtdreiecken aller Grundstücks- bzw. Parkplatzausfahrten maximal 80 cm betragen, damit auch aus Fahrzeugen mit geringer Sitzhöhe beim Verlassen des Grundstückes Verkehrsteilnehmer im Zuge der bevorrechtigten Gewerbestraße rechtzeitig erkannt werden können. | <p>Die Fahrbahnbreite der neuen Verbindungsstraße wird mit 5,50 m geplant. Dementsprechend wird die Straßenverkehrsfläche in diesem Bereich mit einer Breite vom 5,65 m (inkl. 0,15 m Rabatte) bzw. 5,50 m in den Bebauungsplan übernommen.</p> <p>Pflanzabstände und das Lichtraumprofil werden in der Planung berücksichtigt.</p> <p>Entlang der neuen Verbindungsstraße wird die öffentliche Grünfläche in den Gehweg übergehen, dieser wird um den Stellplatzbereich ST 6 herumgeführt. Eine entsprechende Festsetzung als Gehwegfläche erfolgt im Bebauungsplan.</p> <p>Um ein Anfahren der Lärmschutzwände zu verhindern, werden diese mit Aufkantung (Borden) geschützt und ein Abstand von den Stellplätzen eingehalten.</p> <p>Die Vorgaben aus den relevanten Planungsrichtlinien sind stets Grundlage der Planung und werden im Rahmen der Ausführungsplanung entsprechend berücksichtigt.</p> <p>Die einzuhaltenden Sichtfelder wurden geprüft, diese liegen in Bereich der öffentlichen Verkehrsflächen. Im Rahmen der Ausführungsplanung werden die einzuhaltenden Sichtfelder berücksichtigt.</p> <p>Die Höhe von Einfriedungen im Bereich von Grundstücks- bzw. Parkplatzausfahrten wird die maximale Höhe von 80 cm nicht übersteigen.</p> <p>BV: wird berücksichtigt</p> |
| 1.5 | <p>Landesamt für Denkmalpflege im Regierungspräsidium Stuttgart Berliner Straße 12 73728 Esslingen am Neckar</p> <p>Schreiben vom 24.02.2020</p> | |

| | Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung | Behandlung der Stellungnahmen |
|-------|--|---|
| | <p>Bau- und Kunstdenkmalspflege: In Bezug auf das o. g. Planverfahren trägt die Bau- und Kunstdenkmalspflege keine Anregungen oder Bedenken vor.</p> | |
| 1.5.1 | <p>Archäologische Denkmalspflege: Das Bebauungsplangebiet liegt in einem Bereich, der von allen Seiten von Bodendenkmälen umgeben ist. Nordwestlich liegt ein frühmittelalterliches Gräberfeld und der westliche und südliche Teil liegt innerhalb der Fläche einer römischen Siedlung. Im Osten schließt eine vorgeschichtliche Siedlung an. Bei allen drei handelt es sich um eingetragene Kulturdenkmale gem. § 2 DSchG. Selbst in Anbetracht der bereits vorhandenen Bebauung muss in nicht unterkellerten und unbebauten Flächen von der Erhaltung weiterer Bestandteile dieser Kulturdenkmale ausgegangen werden.</p> <p>An der Erhaltung der ausgewiesenen archäologischen Kulturdenkmale besteht grundsätzlich ein öffentliches Interesse; eine undokumentierte Zerstörung ist gem. § 8 DSchG unzulässig.</p> <p>Alle Erdarbeiten, auch Leitungsbau etc. bedürfen deshalb einer denkmalschutzrechtlichen Genehmigung, die je nach Art und Größe der Eingriffe Auflagen enthalten wird.</p> <p>Sollten sich bei den geplanten Maßnahmen archäologische Befunde zeigen, müssen wissenschaftliche Ausgrabungen stattfinden. Wir weisen darauf hin, dass im Falle einer notwendigen Rettungsgrabung durch das Ref. 84.2 die Bergung und Dokumentation der Kulturdenkmale durch den Planungsträger finanziert werden muss. Um Bauverzögerungen zu minimieren wird eine frühzeitige Kontaktaufnahme dringlich empfohlen.</p> <p>Für weitere Informationen und Terminabsprachen wenden Sie sich bitte an das Landesamt für Denkmalspflege, Dr. Doris Schmid (doris.schmid@rps.bwl.de; Tel. 07071 757-2415).</p> <p>Wir bitten, diese Hinweise in die Planunterlagen einzufügen.</p> | <p>Der Hinweis unter 2.4 „Denkmalschutz“ wird wie folgt neu gefasst:</p> <p>2.4 Denkmalschutz <i>Alle Erdarbeiten, auch Leitungsbau etc. bedürfen einer denkmalschutzrechtlichen Genehmigung. Sollten sich bei den geplanten Maßnahmen archäologische Befunde zeigen, müssen wissenschaftliche Ausgrabungen stattfinden. Es wird darauf hingewiesen, dass im Falle einer notwendigen Rettungsgrabung durch das Regierungspräsidium Stuttgart (Referat 84.2) die Bergung und Dokumentation der Kulturdenkmale durch den Planungsträger finanziert werden muss. Um Bauverzögerungen zu minimieren wird eine frühzeitige Kontaktaufnahme dringlich empfohlen.</i></p> <p>BV: wird berücksichtigt</p> |
| 1.6 | <p>Landesnatschutzverband LNV-Arbeitskreis Sigmaringen Breite 15 72488 Sigmaringen</p> <p><u>Kein Rücklauf</u></p> | <p>BV: wird zur Kenntnis genommen</p> |
| 1.7 | <p>Gammertinger Energie- und Wasserversorgung GEW GmbH Hohenzollernstraße 5 72501 Gammertingen</p> <p><u>Kein Rücklauf</u></p> | <p>BV: wird zur Kenntnis genommen</p> |

| | Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung | Behandlung der Stellungnahmen |
|-----|--|--|
| 1.8 | <p>Unitymedia Postfach 10 20 28 34020 Kassel</p> <p><u>Schreiben vom 25.02.2020</u></p> <p>Gegen die o. a. Planung haben wir keine Einwände. Neu- oder Mitverlegungen sind nicht geplant. Wir weisen jedoch auf Folgendes hin: Im Planbereich befinden sich Versorgungsanlagen der Vodafone BW GmbH. Bitte beachten Sie die beigefügte Kabelschutzanweisung.</p> <p>Sollten aus Ihrer Sicht Änderungen am Bestandsnetz der Vodafone BW GmbH notwendig werden, bitten wir um schnellstmögliche Kontaktaufnahme. Vor Baubeginn sind aktuelle Planunterlagen vom ausführenden Tiefbauunternehmen anzufordern.</p> <p>In diesem Zusammenhang weisen wir bereits jetzt darauf hin, dass die Vodafone BW GmbH erforderliche Umverlegungen ihrer vorhandenen Telekommunikationslinien (TK-Linien) grundsätzlich durch ein von ihr beauftragtes Tiefbauunternehmen auf eigene Kosten bewirkt (§ 72 Absatz 3 Telekommunikationsgesetz [TKG]), unabhängig davon, ob der Wegebausträger bereits Tiefbauunternehmen in o.g. Vorhaben – insbesondere im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung – beauftragt hat.</p> <p>Hierfür ist die Einräumung eines Bauzeitfensters notwendig, das der Wegebausträger und/oder sein beauftragtes Tiefbauunternehmen bzw. Planungsbüro bei der Planung des o.g. Vorhabens zu berücksichtigen und auf Antrag der Vodafone BW GmbH ihr zu gewähren und mit ihr abzustimmen hat. Ordnungsgemäß erfolgte Baubeschreibungen bzw. Erläuterungen zur Ausschreibung des Wegebausträgers berücksichtigen derartige Verzögerungen, sodass Bauunternehmen und Planungsbüros damit zu rechnen haben.</p> <p>Hierdurch entstehende Kosten und Ausführungszeitverlängerungen sowie Behinderungen müssen deshalb bereits vorab bei der Einheitspreisbestimmung und der Festlegung der Ausführungszeiten vom Bauunternehmen bzw. Planungsbüro berücksichtigt werden.</p> <p>Insofern weist die Vodafone BW GmbH vorsorglich jede Kostenübernahme für geltend gemachte Baustillstandzeiten sowie andere Schadenersatz- und Erstattungskosten infolge eines erforderlichen Bauzeitfensters für die Umverlegung ihrer TK-Linien zurück.</p> | <p>BV: wird zur Kenntnis genommen</p> |
| 1.9 | <p>EnBW Regional AG Regionalzentrum Neckar-Franken Meisterhausstraße 11 74613 Öhringen</p> | |

| | Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung | Behandlung der Stellungnahmen |
|------|--|---------------------------------------|
| | <u>Kein Rücklauf</u> | BV: wird zur Kenntnis genommen |
| 1.10 | <p>Netze BW GmbH Postfach 12 58 88396 Biberach</p> <p><u>Kein Rücklauf</u></p> | BV: wird zur Kenntnis genommen |
| 1.11 | <p>Deutsche Telekom Technik-GmbH Adolph-Kolping-Straße 2-4 78166 Donaueschingen</p> <p><u>Kein Rücklauf</u></p> | BV: wird zur Kenntnis genommen |
| 1.12 | <p>Deutsche Telekom Netzproduktion GmbH Karlstraße 84 72766 Reutlingen</p> <p><u>Schreiben vom 18.02.2020</u></p> <p>Gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes haben wir keine Einwände, möchten jedoch auf folgendes hinweisen. Im Planbereich befinden sich Telekommunikationslinien der Telekom, die aus beigefügtem Plan ersichtlich sind. Je nach Bedarf des geplanten Bauprojektes sind mehr oder weniger Telekommunikationsinfrastruktur notwendig. Sowohl ein Versorgung mit Kupferanschlüssen als auch Glasfaser-Geschäftskundenanschlüssen ist möglich.</p> <p>Günstigenfalls ist nur eine Hauszuführung notwendig, die vom Bauherren bei unserem Bauherrenservice zu beantragen ist</p> <p>Der/die Bauherren mögen sich bitte rechtzeitig vor Baubeginn über unser Internetportal des Bauherrenservice oder unserem Eingangstor für die Hauszuführungen melden.</p> | BV: wird zur Kenntnis genommen |
| 1.13 | <p>E-Plus Service GmbH E-Plus-Straße 1 40472 Düsseldorf</p> <p><u>Schreiben vom 21.02.2020</u></p> <p>die Überprüfung Ihres Anliegens ergab, dass keine Belange von Seiten der E-Plus Service GmbH zu erwarten sind. Zur besseren Visualisierung erhalten Sie beigefügt zur E-Mail ein digitales Bild. Das Plangebiet ist im Bild mit einer dicken roten Linie eingezeichnet. Die farbige Linie versteht sich als Punkt-zu-Punkt-Richtfunkverbindung von der E-Plus Service GmbH. Die Linie in Magenta hat keine Relevanz.</p> <p>Sollten sich noch Änderungen der Planung / Planungsflächen ergeben, so würden wir Sie bitten</p> | |

| | Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung | Behandlung der Stellungnahmen |
|------|---|--|
| | uns die geänderten Unterlagen zur Verfügung zu stellen, damit eine erneute Überprüfung erfolgen kann. | BV: wird zur Kenntnis genommen |
| 1.14 | Vodafone GmbH Ferdinand-Braun-Platz 1 40549 Düsseldorf <u>Kein Rücklauf</u> | BV: wird zur Kenntnis genommen |
| 1.15 | Telekom BekA Trassenschutz Ziegelleite 2-4 95448 Bayreuth <u>Schreiben vom 30.01.2020</u> Durch das Projektgebiet verläuft kein Richtfunk. Die benachbarte Richtfunktrasse hat genügend Abstand zum Planungssektor. Daher haben wir bezüglich unseres Richtfunks keine Einwände oder spezielle Planungsvorgaben. Die Telekom hat auch bei der Fa. Ericsson Services GmbH weitere Verbindungen angemietet. Die Daten dieser Strecken stehen uns leider nicht zur Verfügung. Wir weisen darauf hin, dass diese Stellungnahme nur für Richtfunkverbindungen des Telekom – Netzes gilt. Bitte beziehen Sie, falls nicht schon geschehen, die Firma Ericsson Services GmbH, in Ihre Anfrage ein. | Vgl. hierzu Punkt 1.19 Stellungnahme Ericsson Services GmbH BV: wird zur Kenntnis genommen |
| 1.16 | SWEG Direktion Hechingen Bahnhofstraße 21 72379 Hechingen <u>Schreiben vom 09.02.2020</u> Gegen das o.g. Baugesuch bestehen unsererseits keine Bedenken, wenn nachfolgende Auflagen in die Baugenehmigung mit aufgenommen werden: <ul style="list-style-type: none"> - Das Grundstück ist - wenn nicht bereits vorhanden - mit einer tür- und torlosen Einfriedung zu versehen, welche aufgrund von Höhe, Bauform und Ausdehnung geeignet ist, den Zutritt von Personen auf das Bahngelände zu verhindern. Diese ist dauerhaft instandzuhalten. Der Abstand der Einfriedung darf, zur Sollgleisachse 4,50 m, ab der nahen Außenschiene 3,80m, nicht unterschreiten. - Das anfallende Oberflächen- und Abwasser darf nicht in den Bahngraben eingeleitet werden. - Auf die Einhaltung der Eisenbahn Bau- und Betriebsordnung sowie die Berücksichtigung des Landeseisenbahngesetzes wird hingewiesen (Bauten und Handlungen in Bahnnähe) - Die Bahnanlagen (einschl. Bahngraben) dürfen in keinem Fall betreten oder mit Baumate- | |

| | Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung | Behandlung der Stellungnahmen |
|------|---|---|
| | <p>rial belegt werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Der angrenzende Bahngraben darf weder in seiner Funktionsfähigkeit verändert noch verunreinigt werden. Beanstandungen unsererseits sind sofort durch den Verursacher abzustellen. - Der Mindestpflanzabstand von der äußeren Schiene hat für Sträucher bis zu 2,00 m Wuchshöhe = 4 m, für Bäume mit einer Wuchshöhe bis zu 10,00 m = 9,00 m, für Bäume mit einer Wuchshöhe über 10,00 m = 15,00 m zu betragen. Baumwurzeln dürfen den Bahngraben bzw. Bahnkörper nicht unterwurzeln. - Ferner ist der Bauantragsteller darauf hinzuweisen, dass die SWEG eine Haftung für Schäden oder Beeinträchtigungen irgendwelcher Art, die durch den Bahnbetrieb entstehen können (z.B. durch Erschütterung, Lärm oder Luftverunreinigungen und dgl.) nicht übernimmt. - Ein während der Bauzeit benötigter Kran ist so aufzustellen, dass der Kranarm nicht über das Bahngelände schwenken kann. - Der Baubeginn ist der SWEG Schienenwege GmbH 14 Tage im Voraus anzuzeigen. | <p>An das Plangebiet grenzen keine Bahnanlagen. Die nächstgelegene Trasse befindet sich in ca. 120 m Entfernung.</p> <p>Dach Rücksprach mit der SWEG, Herr King, und Schreiben vom 30.03.2020, können die genannten Auflagen entfallen und müssen nicht berücksichtigt werden.</p> <p>BV: wird zur Kenntnis genommen</p> |
| 1.17 | <p>BLS-Breitbandversorgungsgesellschaft im Landkreis Sigmaringen mbH & Co.KG Fürst-Wilhelm-Straße 15 72488 Sigmaringen</p> <p><u>Kein Rücklauf</u></p> | <p>BV: wird zur Kenntnis genommen</p> |
| 1.18 | <p>Scher-Lauchert Abwasserverband Hindenburgplatz 7 72475 Bitz</p> <p><u>Kein Rücklauf</u></p> | <p>BV: wird zur Kenntnis genommen</p> |
| 1.19 | <p>Ericsson Services GmbH Prinzenallee 21 40549 Düsseldorf</p> <p><u>Schreiben vom 10.02.2020</u></p> <p>bei den von Ihnen ausgewiesenen Bedarfsflächen hat die Firma Ericsson bezüglich ihres Richtfunks keine Einwände oder spezielle Planungsvorgaben.</p> | <p>BV: wird zur Kenntnis genommen</p> |

| | | |
|------------|--|--|
| | Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung | Behandlung der Stellungnahmen |
| II. | Beteiligung der Öffentlichkeit | Frist vom 31.01.2020 – 02.03.2020 |
| 2.1 | Während der Beteiligung der Öffentlichkeit gingen von der Öffentlichkeit zum o.g. Bebauungsplanverfahren keine Stellungnahmen ein. | BV: wird zur Kenntnis genommen |
| | Reutlingen, den 28.07.2020 Clemens Künstler Dipl.-Ing. Regierungsbaumeister Freier Architekt + Stadtplaner SRL | Gammertingen, den 28.07.2020 Holger Jerg Bürgermeister |